



ASIEN/PHILIPPINEN - KEIN NOCH SO GRAUSAMES VERBRECHEN DARF MIT DER TODESSTRAFE BESTRAFT WERDEN: DIE PHILIPPINISCHE KIRCHE BEDAUERT DIE AUFHEBUNG DES MORATORIUMS

Manila (Fidesdienst) – Die philippinische Staatspräsidentin Gloria Arroyo hat am 5. Dezember die Suspendierung der Vollstreckung von Todesurteilen aufgehoben. Darüber brachte die katholische Kirche ihr Bedauern und ihre Verbitterung zum Ausdruck. „Diese Maßnahme wurde ergriffen“, so erklärte Frau Arroyo den Beschluss, „nachdem im Land die Zahl der Entführungen und Erpressungen rasch angestiegen ist.“

In katholischen Kreisen, in Pfarrgemeinden und kirchlichen Bewegungen ist die Enttäuschung spürbar. Die Bischofskonferenz bekräftigte ihr entschiedenes „Nein“ zur Todesstrafe. Dabei erklären die Bischöfe vor allem, dass diese keine abschreckende Wirkung habe: „Wir glauben nicht, dass die Todesstrafe zur Bekämpfung der Kriminalität beitragen kann“, so der Vorsitzende der Philippinischen Bischofskonferenz, Erzbischof Fernando Capalla von Davao, in einer öffentlichen Stellungnahme. Zahlreiche Bürgerinitiativen und katholische Bewegungen bereiten verschiedene Initiativen und Demonstrationen gegen die Todesstrafe vor. Unterdessen sind bereits für Ende Januar zwei Hinrichtungen durch das Spritzen eines tödlichen Mittels vorgesehen. Weitere 25 Menschen befinden sich wegen Entführungsdelikten und 4 wegen Drogengeschäften in philippinischen Todeszellen. In Philippinen wird durchschnittlich alle drei Tage eine Entführung verübt. Allein im Jahr 2003 wurden über 150 wohlhabende Bürger, darunter auch zahlreiche Chinesen entführt.

„Angesichts der Ausdehnung der Entführungsdelikte war ein klares Zeichen notwendig“, so die Vertreter wohlhabender Kreise, die im Norden und im Süden des Landes Zielscheibe von Entführungen und Erpressungen sind. Oft sind auch Familien betroffen, deren Angehörige im Ausland arbeiten und deshalb von den Entführern als wohlhabend betrachtet werden.

Der chinesische Staatsbürger Hong Yu Hua, der die Bürgerinitiative gegen das Verbrechen vertritt, brachte die Sorge der Bürger hinsichtlich der steigenden Zahl von Entführungen zum Ausdruck. Am 18. November wurde die 32jährige Chinesin Shi Mei Zhi, Geschäftsführerin eines großen philippinischen Unternehmens, entführt und ermordet. Drei Tage später wurde ein 10jähriges Mädchen beim Verlassen der Schule entführt. Am 2. Dezember wurde ein zweijähriges Kind Opfer eines Entführungsdelikts. Die auf den Philippinen erscheinenden chinesischen Zeitungen berichten täglich von solchen Vorfällen. Manche chinesischen Familien bringen ihre Kinder entweder gar nicht mehr oder nur mit Leibwache zu Schule. Das Stadtviertel „Chinatown“ in der philippinischen Hauptstadt Manila ist nicht mehr so belebt wie früher, man sieht weniger Menschen auf der Straße, Geschäfte sind leer und Restaurants nur wenig besucht.

Nach Ansicht von Beobachtern hängt das Problem der Entführungen vor allem mit der Korruption und der Armut zusammen, die die Regierung nicht mit der angemessenen Entschiedenheit bekämpft. Unzählige Menschen leben in gossigen Barackensiedlungen am Stadtrand der Großstädte. Viele Menschen verlassen weiterhin die ländlichen Gebiete und ziehen in die Städte, was zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen führt. Diese ungelösten sozialen Probleme sind ein fruchtbarer Nährboden für Kriminalität, die die Regierung nun mit der Wiedereinführung der Todesstrafe bekämpfen will.

1987 hatte die damalige philippinische Staatspräsidentin Corazon Aquino die Todesstrafe abgeschafft, die unter der Diktatur von Fernando Marcos in Kraft eingeführt worden war. 1994 führte Staatspräsident Ramos infolge der wachsenden Kriminalität wieder eingeführt. Im Heiligen Jahr 2000 hatte die Regierung infolge der Druckausübung zahlreicher Menschenrechtsorganisationen und der Kirche die Vollstreckung der Hinrichtungen auf unbeschränkte Zeit suspendiert. (PA) (Fidesdienst, 12/12/2003 – 50 Zeilen, 504 Worte)